Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. [illegible] Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis: [illegible] 2.00 M. Durch [illegible] für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 7gespaltene [illegible] 70 Pf., die [illegible] Reklamezeile [illegible] Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Gewährung für Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. [illegible] 20 Pf.

Nr. 264 | Dresden, Freitag den 14. November 1919 | 30. Jahrg.

Die Kartoffel- und Rübennot

Der Frostschaden

Die agrarische Deutsche Tageszeitung behauptet, daß der frühzeitige Eintritt des Frostes zu einer geradezu grauenhaften Katastrophe geführt habe. Die Statistische Korrespondenz habe für den voraussichtlichen Ernteertrag bei den Kartoffeln einen Ausfall von 12,3 Prozent, bei den Kohlrüben einen solchen von 14,3, bei den Futterrüben einen Ausfall von 17,3 Prozent, bei den Zuckerrüben einen von 31,2 Prozent errechnet. Dazu sei nun jetzt der Frostschaden gekommen, der sehr verhängnisvoll gewirkt habe, besonders bei den Zuckerrüben. Das Blatt gibt natürlich die Schuld an der Größe der Katastrophe der **Regierung**. Infolge des Leutemangels, der Arbeitsunlust, des Achtstundentages und der Streiks habe die an sich schon verspätete Ernte nicht mehr vor Eintritt des Frostes eingebracht werden können. Die Regierung sei dringend aufgefordert worden, für Arbeiter zu sorgen. Die Landwirte hätten aber nicht genügend Arbeiter erhalten können.

Nach Mitteilung, die uns zugegangen ist, ist es keineswegs **nur der** Arbeitermangel gewesen, der die rechtzeitige Einbringung **der Kartoffel- und Rübenernte** verhindert hat. Vielfach **hat man auf dem** Lande **die** aus **der Stadt gesandten Arbeiter gar nicht haben wollen.** Man **kann annehmen,** daß die **Deutsche Tageszeitung übertreibt,** um so der Regierung desto heftigere Vorwürfe **machen zu können.** Jedenfalls **ist es dringend notwendig, daß sich die Regierung möglichst bald über den Umfang des Schadens äußert, der durch den frühzeitigen Frost eingetreten ist, und auf die Beschuldigungen des agrarischen Blattes antwortet.** Daran, daß unsre Ernährungslage durch das frühzeitige Eintreten des Frostes sehr verschlimmert worden ist, kann allerdings wohl kaum gezweifelt werden.

Wiederbeginn des Personenverkehrs

Berlin, 13. November. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung aus dem Reichsverkehrsministerium erfährt, ist eine **Verlängerung der Personenzugsperre** über den anfangs in Aussicht genommenen Termin **hinaus nicht** zu erwarten. Man ist allgemein der Auffassung, daß sie der **Bevölkerung auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht zugemutet werden kann.** Das Blatt hört weiter, daß die günstige **Wirkung der Verkehrssperre nicht ausgeblieben ist.** Man könne sie dahin zusammenfassen, daß die ungünstige Wirkung des Wetters durch die günstige Wirkung der Personenverkehrssperre **zum mindesten ausgeglichen worden sei.** Trotzdem dürfe man sich nicht darüber täuschen, daß die Verkehrsfrage und die Frage der Kohlentransporte noch immer **schwierig bleibe.**

Auch Denikin geschlagen

Wien, 14. November. Ein Funkspruch aus Kamienz Podolsk meldet, daß die Truppen Petljuras gestern früh 5 Uhr in Kiew eingezogen sind. Denikin ist vollkommen geschlagen. Die ukrainischen Truppen haben 900 Gefangene gemacht, darunter 1250 Offiziere, 60 schwere und 18 leichte Geschütze sind durch Petljura erbeutet worden.

Amsterdam, 13. November. Nach einem drahtlosen bolschewistischen Bericht haben die Roten Truppen die Front Denikins auf einer Breite von 47 Meilen durchbrochen. Einer bolschewistischen Meldung zufolge ist Denikin in der Gegend von Dimitriew von den Bolschewisten geschlagen worden und hat den Rückzug angetreten.

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß General Judenitsch Jamburg geräumt hat. Nichtsdestoweniger orakelt die Times weiter von „örtlichen Erfolgen" der Nordwestarmee! — Ferner kommt die Nachricht, das estländische Kabinett sei zurückgetreten. Auch vom Rücktritt des lettischen Ministeriums Ulmanis hört man. Dem Bolschewismus nahestehende Männer sollen die Regierung der jungen Republik übernommen haben. Das wäre ein Beweis, daß im Baltikum Trotzky nicht bloß militärisch, sondern auch moralisch und politisch die Engländer in ihren Kreaturen empfindlich geschlagen hat.

Als moralischen **Erfolg** darf die Sowjetrepublik ebenso das Bündnis buchen, das ihr von Asien her angeboten wird. Aus London wird gemeldet: Mustafa Kemal Pascha, der Führer der türkischen Nationalisten, hat eine Botschaft an Lenin gerichtet, in der er ihm den Vorschlag des Bündnisvertrages macht.

Roßbach

Die Schlacht bei Roßbach ist bekannt in der Geschichte als **Blamage der alten Reichsarmee,** die beim ersten Schuß davonlief.

Der Name Roßbach scheint dazu bestimmt, auch in der Geschichte der neuen Reichswehr eine verhängnisvolle Rolle zu spielen. **Wir meinen den Fall des Detachements Roßbach, das sich in offner Meuterei** gegen die Reichsregierung aufgelehnt und die russische Grenze überschritten hat, um sich den baltischen Söldnertruppen des Awaloff-Bermondt anzuschließen. Die Reichsregierung, die von den Absichten des Detachements erfahren **hatte,** hatte dieses von Kulmsee nach Marienwerder verlegt. Aber während des Transports riß das Detachement bei Nacht und Nebel aus und ging über die Grenze.

Aber **das** ist noch nicht der schwärzeste Punkt. Viel bedenklicher ist, daß Truppen, **die angewiesen waren, das Detachement am Abmarsch zu verhindern, sich weigerten, Waffengewalt anzuwenden,** und sich nach Meldung der Tägl. Rundschau sogar zum Teil dem Detachement anschlossen. Vor seinem Grenzübergang hat dann dieser Söldnerhaufen noch einmal auf deutschem Gebiet tüchtig einige Dörfer geplündert, offenbar um zu zeigen, daß er mit der deutschen Heimat nichts mehr zu tun habe.

Der Tatbestand gibt zu den größten Besorgnissen Anlaß. Er zeigt, daß mindestens ein großer Teil der Truppen im Osten sich nicht in der Hand der Regierung befindet. Die Warnungen derer, die stets darauf hingewiesen haben, daß dem deutschnationalen Offizierskorps nicht freie Hand gelassen werden dürfe, haben sich als nur allzu berechtigt erwiesen. In Ostpreußen herrscht bereits lebhafte Besorgnis, daß **die Truppen rückkehrend versuchen werden, einen Streich gegen die deutsche Republik zu unternehmen,** was sie bei ihrem Grenzübertritt schon offen gedroht haben.

Es ist jetzt höchste Zeit, daß die Reichsregierung eine Besetzung der Kommandostellen vornimmt, durch die die Loyalität der Truppen voll verbürgt wird.

Die Verfemten

Berlin, 13. November. Das Heeresverordnungsblatt bringt einen Erlaß des Reichswehrministers, der die im Baltikum verbliebenen, namentlich angeführten Formationen **als aus dem Verbande des deutschen Heeres ausgeschieden bezeichnet und die** Dienststellen und die Behörden **anweist, keinerlei** Anforderungen dieser Truppen auszuführen.

England erntet

Haag, 14. November. Während der ersten 10½ Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes haben die Vereinigten Königreiche von Großbritannien nach Deutschland Waren im Werte von 16 Millionen Pfund Sterling ausgeführt, während sie von Deutschland für 217 000 Pfund Sterling erhielten.

Falsche Meldungen

Berlin, 13. November. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die in einigen Zeitungen veröffentlichte Nachricht, daß der erste Zug mit Kriegsgefangenen aus Frankreich am 11. November in Essen eingetroffen sei und weitere Transporte unterwegs seien, trifft nicht zu. Auch die Havasmeldung, wonach ein Transport deutscher Gefangener aus Japan angekommen sein soll, hat sich nicht bestätigt. Den Angehörigen wird wiederholt angeraten, bezüglich der Gefangenenheimkehr nur amtlichen Mitteilungen Glauben zu schenken, für deren rechtzeitige Veröffentlichung Sorge getragen wird.

Gegen französische Grausamkeit

Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in Köln hatten laut Vorwärts eine Besprechung mit der englischen Militärbehörde über die Kriegsgefangenenfrage. Unter Hinweis auf die bedrohlich steigende Erbitterung der Angehörigen der Gefangenen wurde die englische Behörde dringend gebeten, die französische Regierung von der Lage zu unterrichten. Der englische Offizier brachte der Schilderung volles Verständnis entgegen, fügte aber hinzu, daß England auf Frankreich unmöglich einen Druck ausüben könne. Wie England in der Gefangenenfrage denke, ersehe man daraus, daß es schon alle Gefangenen heimgeschickt habe.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt infolge von Klagen deutscher Gefangener in Frankreich mit, daß die weitere Absendung von Briefen, Paketen und Geldsendungen an diese Gefangenen dringend erwünscht bleibt, auch wenn der Abtransport aus Frankreich begonnen haben sollte.

Gefangenensuche

Berlin, 13. November. Angehörige von deutschen Kriegsgefangenen, die aus amerikanischer Gefangenschaft (von französischem Boden), italienischer oder belgischer Gefangenschaft noch nicht zurückgekehrt sind, von denen aber mit Bestimmtheit angenommen wird, daß sie noch am Leben und nicht freiwillig in den feindlichen Staaten verblieben sind, werden gebeten, folgende Angaben an das Kriegsministerium (Abwicklung U. d. E., Schützenstraße 63) zu übersenden, damit Nachforschungen angestellt werden können: Personalien, Regiment, Datum der Gefangenschaft, letzter Aufenthaltsort und letzte Nachricht.

Mackensens Heimführung

Berlin, 13. November. Nach einer der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf zugegangenen Benachrichtigung hat Marschall Foch angeordnet, daß die Heimführung des Generalfeldmarschalls v. Mackensen sofort in die Wege geleitet werden soll. Der Leiter der alliierten Waffenstillstandskommission in Düsseldorf, General Nudant, ist gebeten worden, darauf hinzuwirken, daß der Feldmarschall auf dem kürzesten Wege, d. h. eventuell über einen italienischen Hafen, nach der Heimat zurückgeführt werden möchte. General Nudant hat versprochen, sich in diesem Sinne beim Marschall Foch einzusetzen.

Tüchtige Führer

Ein Nachwort zum Berliner Metallarbeiter-Streik.

Der Berliner Metallarbeiterstreik hat nicht mit einer Niederlage der Arbeiter, sondern mit einer vollständigen Deroute geendet. Jetzt sind die Metallarbeiter in die Fabriken gelaufen, ohne die Abstimmungen über das Streikende abzuwarten. Tausende, Arbeiter und Arbeiterräte, bleiben arbeitslos. Es wird lange dauern, ehe die Berliner Metallindustrie wieder alle Metallarbeiter annehmen kann. Einstweilen ist das bitterste Elend in zahllose Metallarbeiterfamilien eingezogen und wird dort noch lange fortwuchern. Die Organisation hat einen schweren Stoß erlitten, das Unternehmertum einen leichten Sieg errungen. Und das alles, weil eine Handvoll von Demagogen lieber die Arbeiterinteressen schnöde verraten, als selbst den Mut zu Wahrheit und Verantwortungsgefühl finden wollte.

Die Berliner Metallarbeiter hatten sich im Dezember 1918 einen Tarifvertrag errungen, der alle Arbeitsbedingungen genau festlegte; er umschloß 30 Gruppen mit 28 verschiedenen Grundsätzen. Am 4. Januar 1919 warfen die Berliner Metallarbeiter auf Anstiften der „revolutionären" Drahtzieher dieses Kollektivabkommen über Bord. Immerhin wurde von der Berliner Ortsverwaltung damals noch beschlossen, daß der Tarifvertrag nur ausgebaut werden sollte. Am 22. Mai erklärten sich die Unternehmer bereit, unter Erhöhung der bestehenden Löhne das Kollektivabkommen zu erweitern. Aber am 22. Juni lehnte die Generalversammlung der Metallarbeiter in Berlin grundsätzlich ab, ein neues Kollektivabkommen zu schließen. Es wurden Lohnforderungen aufgestellt, für gelernte Arbeiter 3,50 M., für angelernte 4,20 M., für ungelernte 3 M. die Stunde; Frauen sollten 75 Proz. des Männerlohnes, Jugendliche bis zu 16 Jahren 1,20 bis 1,50 M., von 16 bis 18 Jahren 1,50 bis 2 M. erhalten. Am 8. Juli wurde zum erstenmal mit den Metallindustriellen darüber verhandelt. Durch Anrufung des Schlichtungsausschusses wurde ein Schmiedestreik beendet und die zentrale Verhandlung sichergestellt.

Noch ehe sie beginnt, bricht ein neuer Konflikt bei Siemenswerk aus. Wegen Aufrufs zum Massenstreik am 21. Juli werden 42 Vertrauensleute gemaßregelt, aber der [illegible] Streik wird ebenfalls schließlich vor dem Schlichtungsausschuß beigelegt. Die Verhandlungen über die einzureichenden Forderungen gehen weiter. Im August verlangen die Arbeiter [illegible]. Die Unternehmer bestehen auf acht Lohnklassen, die Arbeiter wollen deren höchstens fünf annehmen. Der Schiedsspruch vom 21. August setzt fünf Klassen mit einzelnen Zuschlägen fest. Die sogenannten Spitzenlöhne sollen [illegible] werden. Beide Parteien nehmen den Schiedsspruch an. Bis zum 5. September soll die Eingruppierung in die Lohnklassen erfolgen. Diese Verhandlungen scheitern, eine Einigung über die Einreihung in die fünf Lohnklassen wird nicht erzielt. Das Arbeitsministerium setzt einen neuen Schlichtungsausschuß ein. Die radikalen „Gewerkschaftsbonzen" sehen die Bekanntgabe der Schiedssprüche durch und brechen die Verhandlungen ab, als diese ungünstig ausgefallen sind.

Nun wird den Unternehmern ein 24stündiges Ultimatum gestellt und nach dessen Ablauf der Streik zunächst bei sieben Firmen begonnen, dann regelmäßig ausgedehnt. Am 2. Oktober sollen in den Vormittagsstunden allgemeine Gewerkschafts-Sympathieversammlungen stattfinden. Wegen ihres eingenscheinlichen [illegible] werden sie verboten und auseinandergesprengt. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten ist inzwischen auf 165 000 gestiegen. Am 12. Oktober verlangt die Streikleitung den sofortigen Generalstreik der Maschinisten und Heizer. Deren Vertreter, Schilchting, bezweifelt die Durchführbarkeit. Aber Rusch beharrt darauf: „Unsre streikenden Kollegen verlangen es. Berlin muß morgen früh stockdunkel sein." Der Sympathiestreik wird erklärt und scheitert am Eingreifen der Technischen Nothilfe.

Am 1. November ist die Eingruppierung der Branchen in die Lohnstufen beendet. Schon vorher eine Einigung über die Arbeitsaufnahme herbeizuführen, mißlingt. Die Streikenden wenden sich, um die allgemeine Wiedereinstellung zu erreichen, um Hilfe an die Vorstände der Parteien. Trotzdem die Sozialdemokratie grundsätzlich daran festhalten muß, sich nicht in Wirtschaftskämpfe einzumischen, der Weg zur Unterstützung von Streikenden vielmehr über den Hauptvorstand zum Gewerkschaftsbund und erst von da zur politischen Partei führt, leiht sie ihre Mithilfe. Am 1. November kommt es durch Vermittlung des Reichswirtschaftsministers Schmidt zur Einigung über die Arbeitsaufnahme. Am 2. November empfehlen Rusch und Richard Müller den Metallarbeitern die Annahme dieser Einigung. Rusch erklärt: „Einen Generalstreik können wir nicht mehr zustande bringen; die Oeffentlichkeit würde jetzt einen Generalstreik nicht mehr verstehen. Es fehlt uns [illegible] Parole. Für die sofortige Wiedereinstellung aller Arbeiterräte gibt es keine gesetzliche Grundlage." Richard Müller setzt hinzu: „Jetzt, wo die Arbeiterschaft völlig abgekämpft ist, ist es Demagogie, scharf für den Generalstreik einzutreten. Jetzt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191114/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG